

Vorschlag statt Nachschlag

Das Fusion-Festival und der Antisemitismus – Ein Versuch der Verständigung



Wir sind Crews, Crew-Mitglieder, Artists und Mitglieder der bundesweiter Strukturen aus dem Kreis der Fusion. Die Fusion hat eine enorme Strahlkraft. Sie zeichnet aus, dass sie, wenn auch nicht basisdemokratisch organisiert, ein aus linken und emanzipatorischen Strukturen gewachsener Kosmos ist. Dies ist unsere Kritik am Statement des Kulturkosmos (Kuko) vom 20.05.2024.

Unser Dialog mit dem Kuko steht stellvertretend für Auseinandersetzungen, die im Zuge des 'Nahostkonfliktes' auch in anderen Projekten und Strukturen geführt werden. Wir sehen vielerorts die Existenz von Projekten gefährdet und dies liegt auch in der Unfähigkeit, Widersprüche auszuhalten und Dialoge respektvoll zu führen, begründet. Deshalb zeigen wir hier unsere Positionen auf und laden dazu ein, sich im Sinne eines universell humanistischen Diskurses darauf zu beziehen.

Lieber Kulturkosmos,

im November 2023 habt ihr in eurem Newsletter den Angriff auf das Supernova-Festival, der ein gezielter Angriff auf freiheitliche Lebensweise und somit auch ein Angriff auf alle linken und antifaschistischen Festivals war, mit folgenden Worten erwähnt:

> *"Als am Samstag, noch bevor die wirkliche Dimension dieses barbarischen Angriffs absehbar war und als wären die Nachrichten über das brutale und wahllose massakrieren von Zivilisten nicht schockierend genug, die Nachricht und später die Bilder des Angriffes auf das Supernova-Festival auftauchten, hat uns dies absolut sprachlos und in Tränen zurückgelassen."*

Im selben Text definiert ihr Israel als das Land, *"das als sichere Heimstätte für Jüdinnen und Juden aus der Geschichte der Shoah entstanden ist"* und drückt Betroffenheit aus für die *"1300 Menschen, die allermeisten Israelis und Jüd:innen, die durch die Mordbrigaden der Hamas getötet worden"* sind.

Über Rote Linien

Im Februar-Newsletter formuliert ihr dann zwei *rote Linien: „das nicht verhandelbare Existenzrecht Israels und die Verherrlichung oder Unterstützung der Hamas"*. Sinnvoll, denn *"innerhalb der so gezogenen Grenzen kann jede Kritik an der israelischen Regierung, der Besatzung der palästinensischen Gebiete nach 1967, der Gewalt von jüdischen Siedlern im Westjordanland gegenüber Palästinensern oder Israels Kriegsführung in Gaza formuliert werden."*

Ihr hättet es dabei belassen können.

Kritik an Israels rechter Regierung zu üben ist notwendig, schon allein, um die emanzipatorischen Kräfte vor Ort zu unterstützen. Nicht notwendig ist es, dabei in antisemitische Narrative zu verfallen. Von Antisemitismus ist in euren Statements viel die Rede, aber ihr schreibt nicht, wie ihr ihn definiert. Verständlich, denn Antisemitismus-Definitionen gehen auseinander. Wir möchten uns in diesem Text als Arbeitsdefinition an der Jerusalem Declaration (JDA) entlang hangeln, die im Gegensatz zur IHRA israelbezogenen Antisemitismus nicht unbedingt als solchen versteht (vgl. Würdemann, 2024).

Antisemitisch ist demnach: *"Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzusprechen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben."*

Im Mai schreibt ihr:

> *"Ein [...] zentraler Kritikpunkt war, dass das nicht verhandelbare Existenzrecht Israels, so undifferenziert und plakativ, wie es aus unserer Deutschen Perspektive geschrieben wurde, das Existenzrecht eines Palästinensischen Staates defacto ausschließt [...] von daher ist für viele palästinensische Fusionist:innen die Anerkennung dieses nationalistischen israelischen Staates problematisch und sie können dies, zumindest so, wie wir es gefordert haben, nicht teilen. Wir sollten dies respektieren."*

Im Juni schreibt ihr:

> *"Wir haben nicht das Existenzrecht Israels infrage gestellt, sondern Respekt für eine weitere Perspektive gefordert, [...] niemand kann in diesem Kontext die eigene Position zum Maß dessen machen, was auf der Fusion gesagt werden darf und was nicht. Auf der Fusion sind alle Menschen willkommen, die sich an unsere wenigen Spielregeln halten."*

Klar wird daraus: Ihr fordert Respekt für eine Perspektive, die das Existenzrecht Israels infrage stellt und möchtet diesen Respekt auch durchsetzen.

Folgender Text beschreibt nicht euren 'Nachschlag', sondern ein typisches Vorgehen von Gegnern des israelischen Staates:

> *"Gönnerhaft gesteht man Israel ein 'Existenzrecht' zu, sorgt aber gleichzeitig dafür, dass dieses praktisch bestritten wird, indem man dessen Selbstverteidigung als 'völkerrechtswidrig' und als 'Kriegsverbrechen' diffamiert, das Bestehen auf einem jüdischen Staat als eine Form von 'Apartheid' an den Pranger stellt und das Land, den 'kollektiven Juden der Nationen' wie einen Pariastaat behandelt, während man deklarierte Feinde Israels finanziell unterstützt oder ihnen diplomatisch die Mauer macht." (Markl, Februar 2023)*

Ihr formuliert entsprechend:

> *"Viele vermissten zu Recht eine dritte rote Linie, die den Krieg in Gaza als Völkermord und die israelische Besatzungspolitik als Apartheid benennt mit einer klaren Abgrenzung gegen all diejenigen, die dies unterstützen, negieren oder verharmlosen. Hier haben wir uns tatsächlich einseitig abgegrenzt. Wir haben uns im Newsletter gescheut, die Begriffe 'Völkermord' und 'Apartheid' selbst zu verwenden, sehen aber inzwischen, dass wir hier bei aller Kritik, die wir artikuliert haben, falsche Rücksicht auf deutsche Befindlichkeiten genommen haben, die dem, was in Gaza und dem Westjordanland geschieht, nicht gerecht wird (...) die Begriffe 'Völkermord' und 'Apartheid', die wir verwendet haben, müssen unser Meinung nach offen diskutiert werden."*

'Apartheid', 'Genozid', 'Völkermord' und 'Zionistische Siedlerpolitik' sind allesamt Begriffe, die u.a. die BDS-Bewegung (Boykott, Divestment and Sanctions, kurz BDS) im Zuge ihrer Propaganda gegen Israel schon lange Jahre vor dem aktuellen Krieg in Nahost verwendet, um Israel zu beschuldigen, zu diffamieren und zu delegitimieren. Da der (verbrecherische) Staat seine Berechtigung verwirkt hat, muss er zugunsten eines palästinensischen Nationalismus zerstört, abgeschafft oder gar vernichtet werden.

> *"[BDS] ist durch eine rational nicht begründbare Fixierung auf Israel gekennzeichnet, sie ist durch die Reproduktion von Elementen des antisemitischen Weltbildes geprägt und sie verschlechtert durch die Delegitimierung der nationalen Selbstbestimmung des jüdischen Volkes effektiv die Lebenschancen von Jüd:innen als Jüd:innen." (Biskamp, 2018)*

Das kann man sogar anhand der JDA klar als antisemitisch einordnen.

> *"Dass die Kampagne in ihrer Gesamtheit als antisemitisch zu bezeichnen ist, heißt jedoch nicht, dass auch alle Unterstützer:innen individuell antisemitisch motiviert sind oder gar als Antisemit:innen bezeichnet werden sollten. Die Motivationslage der Unterstützer:innen variiert ebenso wie ihre Reflektiertheit stark – einige sind Gesinnungstäter:innen, anderen fehlt vor allem die Reflexion des antisemitischen Kontexts, wieder andere mögen in einem aufrichtigen Engagement für Menschenrechte einfach nur schlecht informiert oder naiv sein." (Biskamp, 2018)*

Gerade für als sich 'links' und 'sozial' verstehende Menschen (die Zielgruppe der Fusion) ist BDS attraktiv und so gab es auch in den letzten Jahren diverse Veranstaltungen zum Thema auf der Fusion. Zwar könnten sich BDS-Aktivist:innen auch gut dem Boykott der Türkei, des Iran oder Chinas als Ziel ihrer 'Weltverbesserungsbestrebungen' verschreiben, aber viele nehmen ausnahmslos Israel ins Visier - und das passiert nicht zufällig. Israel steht für sie als Symbol für das 'universale Böse'. Seine Vernichtung ist eine soziale Erlösungsfantasie, deren Ursprung Antisemitismus ist.

> *"Der transnationale BDS-Aktivismus für die Menschenrechte der Palästinenser:innen ist ein Aktivismus, der durch antisemitische Fantasien und einseitige Menschenrechtsforderungen für Palästinenser:innen den transnationalen Boykottaktivismus gegen Israel legitimiert, während israelische Sichtweisen, Rechte und Forderungen delegitimiert, dämonisiert und hinter den Forderungen nach Rechten zum Schweigen gebracht werden (...) sobald Israel als exzeptionalistisches Feindbild der Menschenrechte überwunden werde, könnten nicht nur Palästinenser:innen in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit leben, sondern alle Menschen." (Müller 2020)*

Über Genozid und Schuldkult

Dem jüdischen Bevölkerungsteil Israels (oder Israel als jüdischem Staat) werden also Verbrechen zugeschrieben, die tatsächlich an Jüd:innen begangen wurden - dadurch werden die Schuldigen im Nachhinein entlastet und es fällt leicht, sich mit Bewegungen, die die Vernichtung Israels anstreben, zu identifizieren. Abgesehen von deutscher Schuld könnte in anderen (spezifisch nationalen Kontexten) 'postkoloniale Wiedergutwerdung' statt 'deutscher Wiedergutwerdung' (vgl. Geisel, 1984) ein unbewusster Motor sein - ein 'free palestine from postcolonial guilt'. Das Bestehen auf den verbrecherischen Superlativen, die nur Israel zugeschrieben werden und ihre permanente Wiederholung ist ein Vehikel, um die eigenen ab-

gespaltenen antisemitischen Fantasien zu verschleiern. Moralisch legitimiert lässt sich dann das schuldig gewordene Israel unter dem Deckmantel des 'Antizionismus' bekämpfen, und zwar *"by all means necessary"* (in Anlehnung an die schwarze Bürgerrechtsbewegung). Die Hamas lässt sich so als 'Widerstandsbewegung' stilisieren (vgl. z.B. J. Butler).

Antisemitismus wird immer noch gern exklusiv den extremen Rechten zugeschrieben. Die breite Gesellschaft zeigt bequem mit dem Finger auf 'die Neonazis' und braucht sich nicht weiter mit (ihrem eigenem) Antisemitismus zu beschäftigen. Die Rechten verweisen wiederum auf Migrant:innen und Muslim:a als einzige Träger:innen antisemitischen Gedankenguts. Das Problem sind also 'die Anderen'. In den Vorwürfen gegen Israel offenbaren linke, rechte und 'ganz normale' Antisemit:innen gleichermaßen ihre Nähe zu Denkweisen des Nationalsozialismus.

Antisemitismuskritik wird heute gern von 'Linken' als 'deutsche Staatsräson' und 'Schuldkult' diskreditiert, und das, obwohl sie jahrzehntelang von Teilen der radikalen Linken im Verbund mit z.B. Überlebendenverbänden erstritten wurde. Ein Prozess, der heute nötiger denn je ist, denn kaum eine Erzählung eignet sich besser zur Verkehrung historischer Realitäten als die, Jüd:innen selbst des Genozids zu beschuldigen. **Indem ihr, Kuko, die Verwendung der Schlagworte 'Genozid' und 'Apartheid' als unabdingbar anseht, macht ihr euch zu Multiplikator:innen der Agenda von Geschichtsrevisionist:innen sowie BDS und tragt zu einer Normalisierung antisemitischer Positionen bei.**

Damit leider nicht genug: Das Einzige, was euch laut eigenen Worten abhielt, in den Chor derjenigen einzustimmen, die in Israel das 'Übel der Welt' sehen, waren ausgerechnet 'deutsche Befindlichkeiten' und 'deutsche Perspektive' und offensichtlich soll damit jetzt Schluss sein. Auch ihr möchtet nun 'Palästina von deutschem Schuldkult befreien'. **Damit befindet ihr euch in schlimmster Gesellschaft von Täter-Opfer-Umkehrenden und Schlusstrich-Fordernden, rechten wie linken gleichermaßen.**

Einschub: Reale Auswirkungen von BDS

BDS agiert nach dem Motto 'Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!' und labelt Nicht-Positionierung im Bezug auf Israel oder gar Friedensinitiativen in der Region und anderswo als 'normalisierend' (bspw. 'Standing Together') - sie will den Krieg genau sowenig wie die Hamas und Netanjahu beendet sehen - sie will ihn gewinnen. Frieden, Verständnis und ein Eintreten für 'beide Seiten' findet sie inakzeptabel. Systematisch bedroht BDS durch Erpressung und Mobbing DiY-Strukturen, die sich antifaschistisch, antisemitismuskritisch und antirassistisch engagieren und schafft es, ein Klima der Angst unter Kulturschaffenden zu verbreiten. Bündnisse zerfallen, Gruppen werden handlungsunfähig, Antifa- und Konzertgruppen sowie kulturelle Orte stehen vor dem Aus.

Für radikale Linke ist das angesichts von AfD-Erfolgen und krassem Anstieg antisemitischer und rassistischer Hetze/Gewalt ein schwerer Rückschlag, dazu kommt in den Städten Gentrifizierung. Besonders starkt betroffen sind Strukturen in der Provinz und im Osten Deutschlands. Eure 'Nachschläge' sind eben 'nicht nur Worte', sie wirken auch außerhalb des Fusion-Kosmos. Ihr müsst euch deshalb die Frage stellen lassen: Welche Konsequenzen für die radikale Linke seid ihr bereit in Kauf zu nehmen, um untragbare Positionen verhandelbar zu machen?

Über Entpolitisierung

Euer Sendungsbewusstsein durch Statements und 'Nachschläge', die Zehntausende lesen können, nehmen wir ernst, daher kritisieren wir euch. Aber statt euch zu freuen, dass der linke Diskurs noch Reflexe hat und auf euch reagiert und statt Kritik als solidarischen Akt zu lesen, wertet ihr sie als Angriff. Ihr reagiert mit Abwehr, Trotz und Vermeidung: *"unser Text enthält mehrere streitbare Passagen und Begriffe, die einen Diskursraum bräuchten, den ein Statement nicht leisten kann"*. Nun könnte die Fusion dieser Diskursraum sein, aber nein, ihr erklärt: *"niemand braucht eine weitere politische Kampfzone auf der Fusion, in der Menschen sich oder ihre Meinungen gegenseitig delegitimieren."* Ihr beendet die Debatte im Ansatz, statt sie zu führen.

> *"Niemand kann [...] die eigene Position zum Maß dessen machen, was auf der Fusion gesagt werden darf und was nicht. Auf der Fusion sind alle Menschen willkommen, die sich an unsere wenigen Spielregeln halten."*

Ihr wünscht euch, 'dass alles gesagt werden darf', 'Meinungsfreiheit' soll garantiert werden, 'Respekt' sollen wir haben vor dem liberalen 'Anything goes'. Inhalte und Folgen dieses Meinungsbreis scheinen irrelevant. Was tun aber, wenn diese Meinungsäußerungen verbale oder symbolhaften Vernichtungsphantasien Israels gegenüber beinhalten? Das rote Dreieck der Feindmarkierungen der Hamas verwendet wird? Was ist unter dem Slogan 'from the river to the sea' zu verstehen? Respekt und Schutz vor Diskriminierung - oder 'freie Rede'? Was sollen Fusionistas aus euren Statements ableiten und zur Grundlage ihres Handelns machen? Sind alle, die angesichts dessen über 'Meinungsmache' diskutieren wollen, nicht erwünscht? Oder gar schon der neue (innere) Feind?

Konkrete Beispiele, zu denen man eine Haltung haben könnte, gibt es genug:

- Der Slogan 'from the river to the sea' propagiert zu 99% die Vernichtung Israels. Das lässt sich u.a. an der Darstellung der Landkarte erkennen, die die Parole meist begleitet: Nicht Israel und Palästina sind dort abgebildet, sondern allein ein palästinesischer Staat.
- Am 7.10. wurden im Zuge des genozidalen Massakers der Hamas allein 360 Raver:innen des Supernova-Festival ermordet (ab November in keinem eurer Texte erwähnt). Warum ist auf der Fusion dafür kein Platz? Sollten wir nicht die Ersten sein, die sich zusammen stellen gegen Anfänge, die so etwas möglich machen?
- Die Gruppe 'Palästina Spricht' bekundete gleich am 7.10. Freude über das Massaker und postete am 8.10. Bilder von Kitefliegern, die zweifellos diejenigen feiern, die zuvor die Raver:innen ermordet haben. Sie illustrieren damit einen Text, der 'jeder Widerstand ist gerechtfertigt' zum Inhalt hat.

Fazit

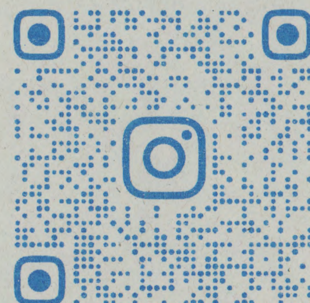
Dass ausgerechnet die Fusion kein Ort für Debatte und Streit unter Linken sein soll, ist traurig bis skandalös. Diskurs sollte nicht von oben nach unten geführt werden. Euer Unwille zur Diskussion wirkt wie ein autoritärer Versuch, Bedingungen durchzusetzen und ggf. den gesamten linken Diskurs zu prägen. Die Grenzen des Sagbaren werden gemäß eurer dritten roten Linie verschoben: Respekt für die, die Israel das Existenzrecht absprechen möchten. Sie zieht keine Grenze, sondern stellt eine Schwelle dar, die es ermöglicht, die anderen Linien zu überschreiten. Ihr arbeitet daran, Begriffe zulässig zu machen, die vorher zumindest umkämpft waren. Kritik daran tut ihr als 'deutsche Befindlichkeiten' ab, wie man es sonst von Antisemit:innen aus allen politischen Spektren kennt. Ihr werft damit den Diskurs um Jahrzente zurück und verlasst dabei den Pfad des Emanzipatorischen. Dabei waren doch viele von uns auf einem guten Weg mit der Haltung: **Antisemitismuskritik und Rassismuskritik sind essenziell und schließen sich nicht gegenseitig aus!**

Wir sehen bei aller Kritik euren Willen, eine fröhliche und friedliche Fusion auszurichten. Dabei versucht ihr es 'allen Recht zu machen' – ein Unterfangen, das, wie ihr wissen müsstet, in aufgeladenen politischen Diskursen selten gelingt. In euren Statements teilt ihr faktisch eure Gäst:innen und Crews in Lager und ergreift auch selbst Partei. Politische Zerwürfnisse beschwört ihr so erst herbei, fordert dann aber ein, diese unbedingt zu vermeiden. Teilen der Crew wird Neutralität abverlangt, während ihr eure Positionen gegen jegliche Kritik abdichten wollt. Ihr postuliert 'Zero Tolerance' für diskrimierendes Verhalten, weigert euch aber zu benennen, was als bspw. antisemitisch, rassistisch oder sexistisch zu werten wäre. Das ist kein solider Leitfaden, an dem sich Crew und Besucher:innen orientieren können. Im schlimmsten Fall wird dadurch ein Szenario geschaffen, bei dem die Lautesten und Brutalsten die Oberhand über die Diskussion erlangen. Für uns bedeutet das eine fahrlässige Entsolidarisierung, die uns vor, während und nach dem Festival konkret in Gefahr bringen kann. **Antisemitismus, Islamismus und Rassismus sind reale Bedrohungen, von denen auch auf der Fusion Menschen (in Crews, als Artists, als Besucher:innen) betroffen sind.** Wir sind der Meinung, dass ihr diese Bedrohungen, statt ihnen entgegenzuwirken, durch eure 'Nachschläge' verharmlost, ja sogar befeuert. Das kann nicht Sinn und Ziel eines emanzipatorischen Raumes sein!

Fusionistas gegen Antisemitismus
@fusionistasgegenantisemitismus

Quellen

- https://taz.de/Fusion-Festival-und-Israel/!6011424/
- https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/antisemitismus-2024/549358/israel-und-der-antisemitismus
- Florian Markl, Zwei Jahre Abraham-Abkommen S.18, in: sans phrase, Zeitschrift für Ideologiekritik, Feb. 2023
- https://florisbiskamp.com/wp-content/uploads/2019/07/Floris-Biskamp-Mit-Boykotteur_innen-umgehen-Ein-Leitfaden-zum-Umgang-mit-der-israelfeindlichen-BDS-Kampagne.pdf
- https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WSD8/WsD8_Beitrag_Natascha_Mueller.pdf
- https://www.tagesspiegel.de/kultur/der-nahostkonflikt-und-die-linke-judith-butler-bezeichnet-hamas-massaker-als-bewaffneten-widerstand-11326474.html
- Eike Geisel, Die Wiedergutwerdung der Deutschen. Tiamat 2015
- Adorno, Theodor W, Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt am Main, 1969, S. 177-217.
- http://www.agpolpsy.de/wp-content/uploads/2009/05/rolf-pohl-der-antisemitische-wahn.pdf



@FUSIONISTASGEGENANTISEMITISMUS